

2.1 Naturschutzgebiete – Allgemeine Regelungen

Landschaftsplan Bielefeld-Senne

Aufgrund der §§ 19 und 20 LG wird festgesetzt:

Die einzeln mit Ziffern 2.1-2 bis 2.1-6 und 2.1-12 bis 2.1-23 bezeichneten und in der Entwicklungs- und Festsetzungskarte, Teil B „Schutzgebiete“, in ihren jeweiligen Grenzen festgesetzten Flächen sind Naturschutzgebiete

Diese Naturschutzgebiete sind festgesetzt:

- a) zur Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten bestimmter wildlebender Pflanzen und wildlebender Tierarten,
- b) aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen, landeskundlichen oder erdgeschichtlichen Gründen oder
- c) wegen der Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit einer Fläche oder eines Landschaftsbestandteiles.

Die Festsetzung ist auch zulässig zur Herstellung oder Wiederherstellung einer Lebensgemeinschaft oder Lebensstätte im Sinne von Buchstabe a).

Diese Festsetzungen sind in einer Großstadt wie Bielefeld insbesondere deshalb erforderlich, weil durch die vielfältigen Ansprüche und eine immer stärkere Inanspruchnahme und Mehrfachnutzung der Landschaft durch verschiedenste Interessengruppen der Bevölkerung gerade in der Nähe einer Großstadt mit über 320.000 Einwohnern die noch natürlichen bzw. naturnahen Landschaftsbereiche u. a. mit besonderen und seltenen Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten von Flora und Fauna ohne besondere Schutzmaßnahmen auf Dauer nicht gesichert sind.

In Naturschutzgebieten sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen in diesem Landschaftsplan alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des geschützten Gebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 34 Abs. 1 LG).

2.1 A Allgemeine Verbote

In den Naturschutzgebieten ist es insbesondere verboten:

- a) bauliche Anlagen im Sinne des § 2 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung - BauO NW) in der jeweils gültigen Fassung sowie Verkehrswege, Wege und Plätze und deren Nebenanlagen zu errichten oder zu ändern, auch wenn sie keiner Genehmigung oder Anzeige oder sonstigen Entscheidung bedürfen; die Nutzungsänderung steht der Änderung gleich;
Bauliche Anlagen sind mit dem Erdboden verbundene, aus Baustoffen und Bauteilen hergestellte Anlagen. Eine Verbindung mit dem Erdboden besteht auch dann, wenn die Anlage durch eigene Schwere auf dem Erdboden ruht oder auf ortsfesten Bahnen begrenzt beweglich ist oder wenn die Anlage nach ihrem Verwendungszweck dazu bestimmt ist, überwiegend ortsfest genutzt zu werden. Darunter fallen insbesondere Gebäude, Hütten, Camping- und Wochenendplätze, Lager-, Abstell-, Ausstellungsplätze, Sport- und Spielplätze, Stege, Brücken, Wildgehege, Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Hochsitze, Ansitzleitern, Jagdkanzeln.
- b) Fahrzeuge, Wohnwagen, Wohnmobile, Mobilheime, Wohncontainer, Verkaufswagen, Verkaufsstände, Buden, Zelte o. ä. dem zeitweisen Aufenthalt von Menschen dienende Anlagen abzustellen, aufzustellen oder Stellplätze dafür zu errichten oder zu ändern;
- c) Automaten, Werbeanlagen, Werbemittel, Schilder, Plakate, Beschriftungen oder dergleichen zu errichten, anzubringen oder zu ändern;

- d) das Gebiet außerhalb befestigter Straßen, Wege, Park- und Stellplätze sowie ausdrücklich gesperrte Bereiche unbefugt zu betreten, mit Fahrzeugen aller Art zu befahren, diese dort abzustellen, dort zu lagern sowie im Gebiet Feuer zu machen oder Hunde frei laufen zu lassen;
Als befestigt gelten alle Wege, die durch Einbringen von Wegebaumaterial oder durch erdbauliche Maßnahmen unter Verwendung des anstehenden Bodenmaterials hergerichtet oder als solche gekennzeichnet sind. Zum Feuermachen gehört auch die Benutzung von Grillgeräten und -vorrichtungen aller Art.
- e) Sport- oder Freizeitveranstaltungen aller Art durchzuführen sowie Freizeitaktivitäten, wie z. B. Wasser-, Luft-, Winter-, Modell-, Motor-, Tier-, Schießsport, außerhalb dafür zugelassener Anlagen oder Plätze auszuüben, Anlagen dafür zu errichten, zur Verfügung zu stellen oder zu ändern.
Hierzu zählen nicht: Wandern, Joggen bzw. Laufen, Radfahren und Reiten auf den hierfür gekennzeichneten bzw. zugelassenen Wegen sowie nicht organisierter Ski-Langlauf und Rodeln auf den vorhandenen Wegen sowie nicht besonders zu schützenden Freiflächen außerhalb des Waldes.
- f) Leitungen aller Art zu verlegen, zurückzubauen oder zu ändern sowie Zäune oder andere Einfriedigungen zu errichten oder vorhandene zu ändern;
Zu den Leitungen zählen insbesondere oberirdische und unterirdische Ver- und Entsorgungsleitungen.
- g) Abgrabungen, Aufschüttungen, Ausschachtungen, Sprengungen vorzunehmen oder die Bodengestalt auf andere Art und Weise zu verändern oder zu beschädigen;
Auf die entsprechenden Verbotstatbestände der Vorschriften des Boden- und Kulturdenkmalschutzes wird hingewiesen.
- h) Stoffe oder Gegenstände aller Art, Altmaterialien, Schutt oder Bodenbestandteile zu lagern, einzuleiten oder einzubringen oder sich ihrer in anderer Art und Weise zu entledigen, bzw. die Schutzgebiete auf andere Art und Weise zu verunreinigen bzw. zu beeinträchtigen;
Auf die Verbote des Abfallrechts wird hingewiesen.
- i) Schlagabraum abzulagern, einzubringen oder zu verbrennen.
Der durch Einzelstamm-Entnahme oder Lässerungen und Durchforstung anfallende Schlagabraum fällt nicht unter dieses Verbot, sofern er unmittelbar am Ort der Entstehung belassen wird.
- j) die Gestalt der fließenden oder stehenden Gewässer zu verändern oder zu stören, künstliche Gewässer oder Fischteiche anzulegen sowie den Grundwasserstand zu verändern;
Hierzu zählt auch das Neuverlegen oder ändern von Dränagen, nicht aber die Unterhaltung von Dränagen und der Ersatz bestehender Dränagen durch solche gleicher Leistungsfähigkeit.
Auf die wasserrechtlichen Bestimmungen wird hingewiesen.
- k) Gewässer zu kälken oder zu düngen oder den Wasserchemismus auf andere Weise zu verändern;
Auf die wasserrechtlichen Bestimmungen wird hingewiesen.
- l) Pflanzenbehandlungs-, Dünge-, Schädlingsbekämpfungsmittel, Gülle, Klärschlamm, Gärfutter, oder Mist auszubringen, anzuwenden oder zu lagern, Silagemieten anzulegen;
Nicht unter dieses Verbot fällt die Bodenschutzkalkung nach Bodenuntersuchungen zur Kompensation von Säureeinträgen außerhalb von nach § 62 LG geschützten Biotopen. Dabei darf die Kalkung nicht in der Vegetationszeit eines jeden Jahres und nur mit geeignetem Material erfolgen.
- m) Feuchtwiesen, Moore, Brüche, Grünland, Magerrasen, Halbtrockenrasen, Brachland oder nicht genutzte Flächen umzubrechen oder in eine andere Nutzungsart wie z. B. Acker, Wald, Sonderkulturen, Grabeland umzuwandeln;
Verboten ist auch der Pflegeumbbruch.

- n) Bäume, Sträucher oder sonstige Pflanzen mit Ausnahme landwirtschaftlicher Kulturpflanzen zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzutrennen, das Wurzelwerk zu verletzen oder die Pflanzen auf andere Weise in ihrem Wachstum zu beeinträchtigen;
Dieses Verbot wird nicht nur für natürlich wachsende Pflanzen festgesetzt, sondern auch für Kulturformen, wie z.B. Kopfbäume, geschnittene Hecken, Wallhecken oder Waldmäntel.
Dieses Verbot bezieht sich bei Gehölzen auf den Traufbereich, bzw. bei auf den Stock gesetzten Gehölzen auf den jeweils zu erwartenden Traufbereich. Notwendige Pflegemaßnahmen dürfen nur in Abstimmung mit der unteren Landschaftsbehörde bzw. durch sie selbst durchgeführt werden.
- o) Bäume, Sträucher oder sonstige Pflanzen und Tiere einzubringen, Wildäsungsflächen anzulegen und zu unterhalten sowie Wildfütterungen ohne vorherige Abstimmung mit der unteren Landschaftsbehörde zu errichten oder zu unterhalten;
Dazu gehört auch das Anlegen und Unterhalten von Luderplätzen. Dieses Verbot gilt nicht für das rechtmäßige Aussetzen von Wild gemäß § 31 Landesjagdgesetz (siehe Unberührtheitsklausel Ziff. 2.1 B b). Dieses Verbot gilt nicht für das Ausbringen von Pflanzen im Rahmen der ordnungsgemäßen forstwirtschaftlichen Bodennutzung, soweit nicht besondere Verbote entgegenstehen (siehe Unberührtheitsklausel Ziff. 2.1 B a).
- p) wildlebenden Tieren nachzustellen, sie zu beunruhigen, zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Eier, Larven, Puppen oder sonstige Entwicklungsformen oder Brut- und Wohnstätten fortzunehmen, zu zerstören oder zu beschädigen;
Eine Beunruhigung kann auch durch Lärmen und durch Fotografieren erfolgen.
- q) Wald in eine andere Nutzungsart umzuwandeln, Erstaufforstungen vorzunehmen sowie Weihnachtsbaum-, Schmuckreisig- oder Baumschulkulturen anzulegen;
- r) an fließenden oder stehenden Gewässern sowie an Entwässerungsgräben in der Zeit vom 01. März bis zum 30. September eines jeden Jahres Unterhaltungs- oder Reinigungsmaßnahmen sowie im übrigen Zeitraum Unterhaltungs- oder Reinigungsmaßnahmen ohne Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde durchzuführen.
Hierzu zählen nicht Unterhaltungsmaßnahmen an Entwässerungsmulden und -rinnen der Forstwirtschaftswege.
Dieses Verbot dient insbesondere dem Schutz frühlaichender Amphibienarten sowie der Erhaltung von Lebensstätten einer Vielzahl an den Lebensraum Wasser gebundener Tierarten.

2.1 B Unberührtheitsklauseln

Unberührt von den Verboten gemäß Ziffer 2.1 A Buchstabe a) bis r) bleiben, soweit durch gebietsspezifische Festsetzungen unter 2.1-2 bis 2.1-6 und 2.1-12 bis 2.1-23 für einzelne Naturschutzgebiete nichts Anderes festgesetzt ist:

- a) die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung mit Ausnahme der Verbote gemäß Buchstabe g), m) und n) und forstwirtschaftliche Bodennutzung mit Ausnahme der Verbote gemäß Buchstabe g), l), und m), sowie das Errichten ortsüblicher Weide- oder erforderlicher Kulturzäune für die Forstwirtschaft;
Zäune für Kleintiere (wie z. B. Kaninchen) oder Federvieh fallen nicht unter die Unberührtheitsklausel
- b) die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd, nach Bundesjagdgesetz in der jeweils gültigen Fassung und dem Landesjagdgesetz NW in der jeweils gültigen Fassung mit Ausnahme der Verbote gem. Buchstabe a) und o). Ferner das nach § 31 Landesjagdgesetz NW genehmigte Aussetzen von Wild;
Die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd schließt Maßnahmen des Jagdschutzes sowie das Führen von Jagdhunden ein.
- c) die ordnungsgemäße Ausübung der Fischerei nach dem Landesfischereigesetz abgestimmt auf die ökologischen Voraussetzungen des jeweiligen Gewässers in Abstimmung mit der unteren Landschaftsbehörde mit Ausnahme der Verbote a), j) und k)

Das Aussetzen von Fischen in fischereilich genutzte Gewässer hat sich gemäß Fische-
reigesetz an den ökologischen Verhältnissen zu orientieren.

- d) das Betretungsrecht des Eigentümers bzw. Nutzungsberechtigten;
Nutzungsberechtigte können z. B. Erbbauberechtigte, Wegeberechtigte, Mieter oder Pächter sein.
- e) das Fahren sowie Abstellen von Kraftfahrzeugen oder Anhängern im Rahmen ord-
nungsgemäßer land-, forst- oder wasserwirtschaftlicher Tätigkeiten, soweit es dem je-
weiligen Schutzzweck nicht zuwiderläuft;
- f) das behördliche Errichten von Schildern und Anbringen von Beschriftungen, soweit sie
auf den Schutz des Gebietes hinweisen oder als Verkehrshinweise oder als Warntafeln
dienen;
- g) Reparaturarbeiten sowie Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit
vorhandener Versorgungsanlagen, soweit sie mit der unteren Landschaftsbehörde ab-
gestimmt sind, sowie Maßnahmen zur Wiederherstellung der Versorgung bei akuten
Versorgungsunterbrechungen;
- h) Entfällt

Die nachfolgend aufgeführten Gebiete sind als Naturschutzgebiete festgesetzt:

- 2.1-1 / Entfällt (Bestandteil von 2.1-17 Östlicher Teutoburger Wald)
- 2.1-2 / BI-012 Erlenbruch Südwestfeld
- 2.1-3 / BI 023 Erlen- und Birkenbruch am Südwestfeld
- 2.1-4 / BI-024 Schwarzes Venn
- 2.1-5 / BI-025 Feuchtwiesen Röhrmann
- 2.1-6 / BI-026 Kampeters Kolk
- 2.1-7 / Entfällt (Bestandteil von 2.1-22 Hasselbachaue)
- 2.1-8 / Entfällt (Bestandteil von 2.1-22 Hasselbachaue)
- 2.1-9 / Entfällt (Bestandteil von 2.1-17 Östliche Teutoburger Wald)
- 2.1-10 / Entfällt (Bestandteil von 2.1-17 Östliche Teutoburger Wald)
- 2.1-11 / Entfällt (Bestandteil von 2.1-17 Östlicher Teutoburger Wald)
- 2.1-12 / BI-011 Menkhäuser Bachtal
- 2.1-13 / BI-014 Sprungbach-Oberlauf
- 2.1-14 / BI-030 Sprungbach-Mittellauf
- 2.1-15 / BI-031 Esselhofer Bruch
- 2.1-16 / BI-032 Eichen-Buchenwald Strothbach
- 2.1-17 / BI-003 Östlicher Teutoburger Wald
- 2.1-18 / BI-002 Behrendsgrund
- 2.1-19 / BI-029 Markengrund
- 2.1-20 / BI-010 Reiher- und Röhrbach
- 2.1-21 / BI-028 Südkamp
- 2.1-22 / BI-013 Hasselbachaue
- 2.1-23 / BI-048 Rieselfelder Windel

Die genauen Abgrenzungen und gebietsspezifischen Verbote ergeben sich aus den Flurkarten
Maßstab 1:1000, dem Verzeichnis der betroffenen Flurstücke und dem nachfolgenden Text:

2.1-18 / BI-002 Behrendsgrund

Größe ca. 44,8 ha.

Das Gebiet wird begrenzt:

- im Norden durch die „Haart“
- im Süden durch die Straße „Am Schießstand“
- im Osten und Westen durch Waldbestände bzw. Forstwege

Schutzzweck:

Gemäß § 20 LG Buchstabe a), b) und c) sowie zur Wiederherstellung von Lebensstätten im Sinne von Buchstabe a); insbesondere ist die Festsetzung erforderlich zur Erhaltung und Entwicklung von Calluna-Heideflächen und Sandmagerrasen sowie offenen Sandstellen und deren Übergangszonen im Waldrandbereich auf nährstoffarmen Sandböden mit ihren seltenen Tier- und Pflanzenarten.

Der „Behrendsgrund“ stellt neben dem Landeplatz Windelsbleiche und dem „Markengrund“ das größte zusammenhängende Gebiet von Heide und Sandmagerrasen im Bielefelder Raum dar.

Er hat innerhalb der größtenteils geschlossenen Nadelwaldbestände am Südhang des Teutoburger Waldes und der Oberen Senne die Funktion eines naturnahen Verbundkorridors zwischen den unbewaldeten Längstälern im Teutoburger Wald im Bereich „Hahnenkamp“/ „Eisgrund“ und der offenen landwirtschaftlich genutzten Landschaft in Richtung Südwesten. Neben der Schutzwürdigkeit der seltenen Biotoptypen kommt dem „Behrendsgrund“ daher eine besondere Bedeutung für die Ausbreitung von Organismen zu, die an Offenbereiche angepasst sind.

Gesetzlich geschütztes Biotop GB-4017-307 (gem. § 62 LG)

Das Schutzgebiet befindet sich im Schutzstreifen einer 110-, einer 220-KV-Leitung und einer Gasleitung.

Festsetzungen gem. § 26 LG wurden unter Ziffer 5.1-68d, 5.1-68e, 5.2-46a und 5.2-46b getroffen

2.1-18 A Besondere Gebote:

Zur Erreichung des Schutzzweckes ist es insbesondere geboten:

- a) die vielfältigen Ansprüche des Erholungssuchenden, der dortigen Reitveranstaltungen und die Schutzbedürftigkeit dieses seltenen Lebensraums durch geeignete Lenkungsmaßnahmen in Übereinstimmung zu bringen.
- b) ein detailliertes Pflege- und Entwicklungskonzept zur Realisierung der Festsetzungen zu erstellen, welches einvernehmlich mit der unteren Forstbehörde und dem Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld, Abteilung Forsten abzustimmen ist.